

# Der Wirtschaftler

39 Pfennig

Achter Jahrgang — Nummer 8

Montag, den 22. Februar 1926

## Grüne Woche.

Die grüne Woche wird in diesem Jahre einen stilleren Verlauf nehmen, da die früher übliche Haupt- und Staatsaktion, die große Landbundtagung, wegfällt. Tatsächlich wäre es immerhin wertvoll gewesen, die große Rundgebung gerade jetzt zu veranstalten, nachdem im Reichstage der Großkampf um die Neuorientierung der Steuerpolitik begonnen hat.

Das Reinhold'sche Programm hat in der Landwirtschaft wenig Beifall gefunden. Der Steuerdezernent des Reichslandbundes, Herr von Engel, faßt seine Kritik in dem Urteil zusammen: „Millionengeschenke für die Warenkäufer — nichts für die Bauern.“ Er verweist darauf, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer der Landwirtschaft so gut wie keine Entlastung bringen werde, daß sie auch dem Konsumenten keinen Vorteil geben werde, so daß von einer Steigerung der Realkaufkraft der Löhne kaum die Rede sein könne. Von den besonderen Steuermünschen der Landwirtschaft aber hat Dr. Reinhold nichts verwirklicht, er hat auch keine Andeutung gemacht, daß die spätere Vermittlung auf seinem Programm stehe. Daß Herr von Engel sich darüber enttäuscht zeigt, daß der Finanzminister nicht gegen die preußischen Steuerpläne, insbesondere die Zugtiersteuer und die Ersetzung der Hauszinssteuer auf die Landwirtschaft, Stellung genommen habe, soll auch vermerkt werden. Verfassungsrechtlich dürfte zwar ein gegen Preußen gerichteter „Verbot“ des Reichsfinanzministers nicht möglich sein; immerhin ist die landbündliche Forderung ein schätzenswerter Beitrag für die kommende Erörterung der verfassungsrechtlichen Konsequenzen der Sparaktion.

Die Steuerwünsche des Reichslandbundes, die sich auf die Reichssteuerergänzung beziehen, sind unterdessen von der deutschnationalen Fraktion zu Anträgen formuliert worden. Inhaltlich können wir diesen Anträgen durchweg zustimmen. Ob sie Aussicht auf Annahme und Verwirklichung haben, erscheint uns recht zweifelhaft. Der „Bauernmärt“ kündigt schärften Widerstand an. Es besteht kein Grund zu erwarten, daß der parlamentarische Einfluß der landwirtschaftlichen Interessen auf die Reichssteuerergänzung unter dem neuen Kabinett stärker sein werde als vorher. Der neue Reichsfinanzminister bringt für die Landwirtschaft ein besonderes Interesse augenscheinlich nicht mit, und eine andere Persönlichkeit im Kabinett, die dieses Mandat ausüben könnte, ist nicht vorhanden.

Diese Bemerkung soll nicht so aufgefaßt werden, als ob wir glauben, daß die lebenswichtigen Belange der Landwirtschaft etwa durch eine bessere Vertretung im Kabinett oder durch eine stärkere parlamentarische Vertretung genügend gesichert werden könnten. Vor dieser Illusion haben wir immer gewarnt und werden wir weiterhin warnen. In der Wochenchrift des Reichslandbundes ist unter den Kernpunkten der in Kassel vertretenen Forderungen folgender hervorgehoben worden: „Der von der Weimarer Verfassung gebrachte Einkammer-Abolutismus verführt die politischen Parteien zu einer stetigen Vermehrung der Ausgaben ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Der Reichslandbund fordert daher eine Verfassungsreform, die insbesondere die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und die Schaffung einer nicht aus Wahlen hervorgehenden weiteren Kammer zum Kern hat; die Befugnisse des Finanzministers sind durch ein Vetorecht gegenüber neuen vom Parlament geforderten Ausgaben zu erweitern.“ Das ist die Auffassung, die wir selbst seit Jahren vertreten. Während wir aber die Ueberlegung anschließen, wie denn diese Verfassungsreform erreicht werden soll, glauben wir leider bei der Landwirtschaft diese Fragestellung und die aus ihrer Beantwortung sich ergebende Zielsetzung noch vermissen zu müssen.

Die notwendige Verfassungsreform kann nur von einem starken und einheitlichen Willen aller für die deutsche Wirtschaft verantwortlichen Männer durchgeführt werden. Deshalb ist eine Verständigung zwischen den führenden Persönlichkeiten der Landwirtschaft und der Industrie notwendig. In diesem Zusammenhange haben wir die Aussprache begrüßt, die in den letzten Wochen über die Zu-

## Aus dem Inhalt:

Grüne Woche

Neuer Geist in der Finanzpolitik?

Von Dr. Heinz Brauweiler

Die Stellung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten

Von Hans Karl Möller

Die Partei der Fünfhundert

Von Franz Schauwecker

Kritik der Presse

sammenarbeit von Industrie und Landwirtschaft geführt worden ist, und wir müssen es bedauern, daß durch die letzte Nummer des Organs des brandenburgischen Landbundes in diese Aussprache ein unfreundlicher Ton hineingebracht worden ist. Es wird da gesagt, daß die Forderung nach einer engen Zusammenarbeit von Industrie und Landwirtschaft nach all den bitteren Erfahrungen nur Kopfschütteln hervorrufen könne, daß die Industrie sich sicherlich auf schöne Gesten verstehe, daß aber bei allem von der Industrie ausgehenden Vorschlägen auf Förderung der Landwirtschaft stets das industrielle Eigeninteresse maßgebend sei — nur soweit die Förderung der Landwirtschaft der Industrie von Nutzen zu sein scheint, werde sie erachtet; aber niemals um der Landwirtschaft selbst willen. Die Darlegung spitzt sich zu der Frage zu: „Ist die Industrie willens, unter Hintansetzung der eigenen Interessen zu einer Verständigung mit der Landwirtschaft zu kommen, welche dem Gesamtwohl dient?“ und klingt in die Mahnung aus: „Wir rufen der Landwirtschaft zu: Hüte dich vor deinen Freunden, mit deinen Feinden (der Konkurrenz der ausländischen Landwirtschaft) kannst du allein fertig werden!“ Es soll gar nicht bestritten werden, daß für die wirtschaftspolitische Haltung der Industrie zunächst die eigenen Interessen in Betracht kommen, aber das dürfte für die Landwirtschaft genauso zutreffen. Aber wo und soweit die Interessen gemeinsam sind, da soll man auf ihnen — ohne Illusion, ohne „gefühlsgeschwängertes Pathos“ — selbstverständlich ein gemeinsames Arbeiten aufbauen. Zurzeit handelt es sich nur darum, gewisse politische Ziele durchzusetzen, für die die Interessengemeinschaft von Landwirtschaft und Industrie vorhanden und unbestreitbar ist. Diese Interessengemeinschaft gilt es auszunutzen, mit den Grenzen der Gemeinsamkeit, die eben als Grenzen auch sichere Grenzen sind.

Es handelt sich für uns um die praktische Aufgabe, die von der Wirtschaft allgemein als notwendig erkannte Verfassungsreform mit tauglichen Mitteln durchzuführen. Taugliche Mittel sind nach unserer Ueberzeugung nicht der Weg der parlamentarischen Einflüsse, auch nicht der Weg der Personalpolitik für die Kabinettsbildung, so lange das Kabinett dem „Einkammer-Abolutismus“ ausgeliefert ist. Helfen kann vielmehr nur die politische Aktion der Wirtschaft selbst, die ein politisches Ziel erreichen will und die die mannigfachen Mächte der Wirtschaftskrise dafür benutzt, um die politischen Widerstände zu brechen. Die Einzelheiten zu erörtern, ist weder nützlich noch notwendig. Ein politischer Wille findet immer den Punkt, wo der Hebel angelegt werden muß. Aber heute fehlt der politische Wille. Die Verbindung von Industrie und Landwirtschaft zur politischen Aktion ist die Voraussetzung der Willensbildung sowohl als auch die Waffe, die den Kampf zum Siege führen kann. Aus dieser Erkenntnis fordern wir die Verständigung von Industrie und Landwirtschaft.

Daß dahinter noch weitere Wünsche stehen, welche auf die Bildung einer wirtschaftspolitischen Gesamtverantwortung abzielen, soll nicht verschwiegen werden; wir glauben, daß auch diese weitere Verständigung möglich sein wird, wenn einmal der Weg der politischen Zusammenarbeit gefunden ist. Aber vorerst wollen wir nur die Aktion, welche durch die Wirtschaftskrise und die Steuernot aufgezungen ist.

## Neuer Geist in der Finanzpolitik?

Von

Heinz Brauweiler.

Lieblose Kritiker haben die Zustände in der öffentlichen Wirtschaft Deutschlands als einen Augiasstall bezeichnet, der von einem Herkules gereinigt werden müsse. Man kann den besonderen Vergleich ablehnen und doch der Meinung sein, daß in der Tat die Kraft eines Herkules notwendig sein werde, um das richtige Verhältnis zwischen Steuerkraft der Wirtschaft und Steuerbedarf der öffentlichen Gewalten wiederherzustellen. In weiten Kreisen hat man die Hoffnung gehabt, daß der neue Reichsfinanzminister etwas von der Kraft und der Unbekümmtheit des Herkules an sich haben werde. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß Herr Dr. Reinhold sich noch als ein solcher harter Mann erweist; immerhin macht es uns etwas bedenklich, daß er für den Anfang seiner Amtstätigkeit nicht das kraftvolle Zupacken, sondern das geschickte Kompromiß gemahlt hat. Er wollte zugleich der Wirtschaft eine Freundlichkeit erweisen und der Sozialdemokratie eine Gefälligkeit. Bei der Wirtschaft wollte er sich einführen als der Mann, der erkannt hat, daß das Erwerbsleben unter dem Steuerdruck verblute, und der aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen will — also opferte er von den Steuererlösen so viel, daß die Einnahmehypothesen sich um 330 Millionen verminderten. Der Linken gegenüber wollte er als der soziale Minister erscheinen, welcher vor allem die wenigsten Steuern herabzusetzen gewillt ist, welche als besondere Belastung der breiten Masse gelten — deshalb setzte er die Umsatzsteuer herunter. Es hat nicht den Anschein, als ob diese „geschickte“ Taktik besonders erfolgreich sein werde. Die Sozialdemokratie erklärte sich einverstanden mit der Ermäßigung der Umsatzsteuer, aber keineswegs mit der Minderung der Steuerlast, sondern tabellarisch, daß greifbare Gelder preisgegeben würden, die für sozialpolitische Aufgaben unbedingt notwendig seien. In den Wirtschaftskreisen aber kann man sich der Sorge nicht entlagern, daß die Freude nur von kurzer Dauer sein werde, denn wenn die Wirtschaftskrise bleibt und die Zahl der Erwerbslosen nicht geringer wird, dann kostet die Erwerbslosenfürsorge das Reich mindestens 600 Millionen im Jahr, während der Haushaltsvoranschlag nur 100 Millionen vorsieht.

Ein Reichsfinanzminister, der die Herkules-Aufgabe lösen will, muß vor allem ein klares wirtschaftspolitisches Ziel haben, und den Mut besitzen, dieses Ziel zu erstreben ohne jedes Zugeständnis nach Rechts oder Links, nach der Industrie oder nach der Arbeiterschaft. Er muß zweitens in die Finanzpolitik selbst den notwendigen neuen Geist hineintragen können und wollen. Er muß drittens sich darüber klar sein, mit welchen Mitteln die wirksame Verminderung der öffentlichen Belastung erreicht und mit welchen Mitteln sie dauernd gesichert werden kann; er muß sich die Aufgabe setzen, diese Mittel rücksichtslos zur Anwendung zu bringen.

Daß Herr Dr. Reinhold gerade die Umsatzsteuer für das Experiment der Steuerermäßigung ausgesucht hat, erweckt Zweifel daran, ob er ein Finanzpolitiker von neuem Geiste ist. Es dürfte doch allmählich an der Zeit sein, daß die neugewonnenen Einsichten der Steuertheorie von der Praxis verwertet werden. Man weiß heute, daß alle Steuern, gleich ob direkte oder indirekte, in den Prozeß der Ueberwälzung und Rückwälzung eingehen. Man weiß heute, daß das Postulat der gerechten Besteuerung seine Bedeutung hat für die Zeiten normalen Wirtschaftsverlaufs, daß dagegen in Zeiten wirtschaftlicher Umwälzung die Versuche der „gerechten“ Besteuerung nur dazu beitragen, die Unruhe zu vergrößern und die Ansätze zur Gesundung immer wieder zu stören. Man darf die Auffassung haben, daß in einer Zeit wie der jetzigen die besten Steuern diejenigen sind, welche auf lange Zeit festgelegt und in ihrer Erhebung möglichst einfach und billig sind. Das Zugeständnis an die Sozialdemokratie, mit welchem Herr Dr. Reinhold seine Tätigkeit begonnen hat, läßt nur zu sehr befürchten, daß er die schlechten Wege der bisherigen Finanzpolitik weitergehen will.

Er bekannte sich zu dem Primat der Wirtschaftspolitik, indem er erklärte, daß zu wählen sei zwischen Steuererleichterungen oder Erhöhung unproduktiver Ausgaben.

Dieser Ausgabe des „Gewissens“ liegt ein Prospekt der Verlagshandlung Ferdinand Hirt in Breslau bei über eine neue Sammlung: *Schlüsse und Gedanken des Mittelalters*.

## Handbuch der Politik.

In dieser Woche gelangte an die Bezahler des „Handbuches der Politik“ zum Band: Außenpolitik II, 4; Dr. Fritz Hesse: Kolonial- und Wanderungsprobleme der Welt, politisch. — Prospekt für die beiden Lieferungen „Schule der Politik“ und „Handbuch der Politik“ kostenlos.

Ring-Verlag G. m. b. H.  
Berlin W. 30, Mohrstr. 22.